

## **Wortprotokoll**

**über die**

**16. Plenarsitzung**

**der Stadtverordnetenversammlung**

**am Donnerstag, dem 26. September 2002**

**(15.29 Uhr bis 22.45 Uhr)**

Frage Nr. 415.....	16
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	16
Stadtrat Edwin Schwarz:.....	16
Frage Nr. 416.....	17
Stadtverordnete Annerose Bender, CDU:.....	17
Stadtrat Franz Zimmermann:.....	18
Frage Nr. 417.....	18
Stadtverordneter Grigorios Zarcadas, SPD:.....	18
Stadtkämmerer Horst Hemzal:.....	19
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 407.....	20
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	20
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:.....	21
Stadtverordneter Volker Stein, FDP:.....	21
Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:.....	22
Stadtverordneter Uwe Paulsen, GRÜNE:.....	23
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:.....	23
Stadtverordneter Michael Langer, REP:.....	24
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD:.....	25
4. Verabschiedung der Tagesordnung II.....	25
5.1 Offensive für eine bessere Wohnraumversorgung (1): Frankfurt braucht Leitlinien für zukunftsweisende Wohnungspolitik! .....	26
Antrag der GRÜNEN vom 26.11.2001, NR 383	
<b>5.2 Gesetzliche Voraussetzungen für Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe schaffen!.....</b>	<b>26</b>
Antrag der SPD vom 24.07.2002, NR 697	
Bürgermeister Joachim Vandreike:.....	26
Stadtrat Edwin Schwarz:.....	29
Stadtverordnete Heike Hambrock-Abicht, GRÜNE:.....	33
Stadtverordneter Nelson Jung, CDU:.....	35
Stadtverordneter Dr. Matthias Stoffregen, SPD:.....	38
Stadtverordnete Claudia Volpp, FAG:.....	42
Stadtverordneter Klaus Sauer, REP:.....	42
Stadtverordneter Volker Stein, FDP:.....	43
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:.....	45
<b>Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:.....</b>	<b>46</b>
Stadtverordneter Heinz Daum, CDU:.....	49
Stadtverordnete Dr. Andrea Lehr, GRÜNE:.....	51
Stadtverordneter Dr. Matthias Stoffregen, SPD:.....	53
<b>Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:.....</b>	<b>54</b>
Stadtverordneter Klaus Vowinckel, CDU:.....	55
<b>Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:.....</b>	<b>56</b>
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:.....	56
Stadtverordneter Lutz Sikorski, GRÜNE:.....	56

Meine Damen und Herren, es ist eine ganz wichtige Sache, und deshalb unterstützt die FDP-Fraktion den Antrag der Sozialdemokraten, der nicht das Ziel verfolgt, die Fehlbelegungsabgabe abzuschaffen, sondern den Landesgesetzgeber aufzufordern, von Kommune zu Kommune individuell zu entscheiden. Hier ist es wichtig, den gesamten Komplex zu sehen. Natürlich ist es einfach zu sagen, dass, wenn wir die Fehlbelegungsabgabe nicht hätten, uns soundsoviele Gelder aus dieser Fehlbelegungsabgabe im Haushalt fehlen würden. Aber, meine Damen und Herren, zu dieser Dimension sind zunächst einmal die Verwaltungskosten hinzuzurechnen, die notwendig sind, um überhaupt festzustellen, wer über der sozialen Einkommensgrenze angesiedelt ist und damit eine Fehlbelegungsabgabe zahlen muss. Dies sind immense Summen, die in der Größenordnung über 20 Prozent angesiedelt sind und als Verwaltungsausgaben mit berücksichtigt werden müssen. Weiterhin dazuzurechnen sind auch die sozialen Investitionen in den dann gekippten Siedlungen, das heißt Investitionen für neue Sozialzentren und Personalkosten für Sozialarbeiter, die da hineingesteckt werden müssen, wo durch den Wegzug von nicht mehr Berechtigten eine soziale Schieflage entsteht. Ich denke, das alles muss man zusammenrechnen.

Da hilft es auch nicht, Herr Stadtrat Schwarz, von einer Umfrage zu sprechen, in der einmal gefragt wurde, wer dort weggezogen ist, weil er über der maßgeblichen Einkommensgrenze lag. Nein, meine Damen und Herren, das Problem ist, dass, wenn Leute auf Grund natürlicher Fluktuation nicht mehr in ihrer Wohnung bleiben, zum Beispiel, weil sich ihre Familien verkleinert haben und sie deshalb neuen Wohnraum suchen, die alte Wohnung dann eben nicht mehr jemand bekommt, der auch dieser sozialen Schicht angehört, sondern dass dann nur noch Berechtigte die Wohnung bekommen. Deshalb halte ich den Antrag der Sozialdemokraten, der nicht darauf abzielt, dass die Fehlbelegungsabgabe im Land Hessen generell abgeschafft werden soll, sondern dass über die Fehlbelegungsabgabe von Kommune zu Kommune individuell zu entscheiden ist, für einen Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich will noch einen weiteren Aspekt ansprechen, weil er im Rahmen des Verfahrens und auch im Rahmen der Haushaltsberatungen eine Rolle spielt.

Frau Ditfurth, wenn ich der Frau Stadtverordnetenvorsteherin vorgreifen darf, Sie haben eine Frage?

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**  
(Zwischenfrage)

Ach, Sie haben mich schon bemerkt, danke. Ich wollte nur fragen - nicht deswegen, weil Sie mein Lieblingsredner wären : Ist es nicht auffällig, dass bei diesem ersten inhaltlichen Tagesordnungspunkt zum Thema Wohnungspolitik schätzungsweise die Hälfte der Stadtverordneten - wenn nicht mehr - fehlen und sich in der Cafeteria herumlümmeln? Das finde ich schon ziemlich auffällig.

**Stadtverordneter Volker Stein, FDP:**  
(fortfahrend)

Ich brauche ja jetzt nicht darauf zu antworten, aber ich merke schon, dass, nachdem ich hier am Pult stehe, einige Kollegen wieder hereingekommen sind. Das spricht für meinen Unterhaltungswert.

(Beifall)

Dass die Debatte vorher etwas langweiliger war, dafür kann ich aber herzlich wenig, Frau Kollegin.

Jetzt komme ich zu einem weiteren Punkt, der heute Abend noch nicht angesprochen wurde, der aber im Rahmen der Haushalts-sanierungsgespräche eine Rolle spielen wird. Ich bin dankbar, dass SPD und GRÜNE gemeinsam mit uns diesen Antrag auf die Reise gebracht haben. Es geht zum Beispiel um die Frage der Anteile bei der Frankfurter Siedlungsgesellschaft. Es gibt die Aufforderung des Hessischen Innenministers, diese Anteile zu verkaufen, nur, meine Kolleginnen und Kollegen, an wen wir die Anteile verkaufen sollen, das steht in der Tat in dem Erlass nicht drin - Gott sei Dank! Deshalb sind wir aufgefordert, den Bericht des Magistrats auf unsere Initiative abzuwarten und zu schauen, wie sich das in der bizonalen Siedlung in

in der die Stadt Frankfurt dann auch in gewissem Umfang Belegungsrechte hätte. Hoffentlich klappt das. Ich finde, das ist eine ausgezeichnete Sache, und es würde ja nicht bedeuten, dass die Stadt auf Einnahmen verzichtet. Es würde nur eine andere Art der Auseinandersetzung mit der Viterra bedeuten, wobei ich ganz ehrlich sage, dass ich die Preise, die bisher für den Verkauf der Anteile angeboten wurden, bei weitem für zu niedrig halte, soweit ich das ausgerechnet habe.

Punkt Nummer drei: die Fehlbelegungsabgabe. Da möchte ich darauf hinweisen, dass die Europa-Liste auch einen Antrag hierzu eingebracht hatte. Die Europa-Liste hatte das insofern spezifiziert, als sie gefordert hatte, die Fehlbelegungsabgabe solle vor allem in den sozialen Brennpunkten abgeschafft werden. Außerdem hatte sie noch einen zweiten Punkt gefordert, und das ist eine ganz wichtige Sache: Das Hauptproblem bei dieser Fehlbelegungsabgabe ist doch, dass der Schwellenwert seit vielen, vielen Jahren nicht angehoben worden ist. Frau Oberbürgermeisterin, da spreche ich Sie als Präsidentin des Deutschen Städtetages an. Es wäre Aufgabe des Städtetages, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass der Schwellenwert für die Fehlbelegungsabgabe deutlich angehoben wird. Wenn ich das richtig nachgeschaut habe, dann verharrt dieser Wert auf dem Stand, wie er Anfang der achtziger Jahre war, und das geht einfach nicht.

Ich war zunächst auch der Meinung der CDU, das war eigentlich immer meine Position. Ich habe gesagt, dass wir, wenn wir Mittel von Land und Bund für den sozialen Wohnungsbau bekommen, als Kommune immer auch einen Eigenteil leisten müssen, und dazu brauchen wir die Fehlbelegungsabgabe. Ich habe aber nach Gesprächen mit zwei Mietervereinigungen und mit dem Pfarrer Am Bügel meine Meinung geändert. Sie haben mir Folgendes erzählt, und das stimmt wohl auch: Sie sagen, dass die wirklichen Großverdiener, die davon profitieren, wohl kaum Am Bügel oder in vergleichbaren Siedlungen wohnen, sondern längst weggezogen sind. Dass jemand wie seinerzeit Herr Stadtrat Berg im sozialen Wohnungsbau wohnt, so etwas gibt es heute praktisch kaum noch, jedenfalls nicht in diesen Problemsiedlungen.

(Zurufe)

Jaja, das ist damals durchaus eine sehr merkwürdige Sache gewesen, ich fand das auch merkwürdig. Es gab in Frankfurt immer den Spruch: Wenn du eine Wohnung in Frankfurt haben willst, musst du in die SPD eintreten. Das war nicht besonders schön.

Aber nun noch einmal zurück zu der Schwellenanhebung. In meinen Gesprächen kam heraus, dass die Leute, die in der Hauptsache davon betroffen sind, gerade einmal 100 Mark, 200 Mark oder 300 Mark über dieser Schwelle liegen. Die sollten wir nicht noch zusätzlich bestrafen. Es hieß, das seien achtzig bis neunzig Prozent aller Fälle - bis zu 400 oder 500 Mark darüber -, und das kann es doch eigentlich nicht sein. Ich bin deswegen auch der Meinung, dass geprüft werden soll, ob diese Fehlbelegungsabgabe noch erhoben werden soll. Wir stimmen beiden Anträgen zu, sowohl dem Antrag NR 383 der GRÜNEN als auch den SPD-Antrag zur Fehlbelegungsabgabe.

#### **Stellvertretende**

#### **Stadtverordnetenvorsteherin**

**Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Danke sehr, Herr Dr. Dähne! Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Stadtverordneten Ditfurth, ÖkoLinX-ARL.

#### **Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**

Einen schönen guten Tag den Resten dieses Parlaments!

Was ich gar nicht verstehe - vielleicht habe ich es vorhin überhört, aber ich war wirklich bemüht, richtig zuzuhören - ist, warum die sozialdemokratischen Vertreter bisher überhaupt nichts zu dem hervorragenden Antrag der Europa-Liste gesagt haben, der sehr viel besser ist als ihr eigener und dem ich deswegen auch zustimmen möchte. Ihr Antrag erlaubt es nämlich generell, quer durch ganz Hessen und überall da, wo es aus irgendwelchen - auch falschen - Gründen für nötig gehalten wird, die Fehlbelegungsabgabe abzuschaffen.

Ich möchte noch einmal aus dem Antrag der Europa-Liste zitieren, und dem sollten sich auch diejenigen stellen, die dagegen gesprochen oder ihn ignoriert haben. „Der Magistrat beantragt bei der Landesregierung, dass die Fehlbelegungsabgabe in Frankfurter Wohngebieten mit verdichteten sozialen Problemen abgebaut wird.“ Im weiteren Text folgt die Aufzählung der betroffenen Quartiere in den verschiedenen Kategorien. Das hebt auch die Argumente derjenigen aus, die sagen, man brauche angeblich unbedingt die gesamte Summe aus der Fehlbelegungsabgabe. Als ob man von diesen acht Millionen - so viel sind es, glaube ich - sozusagen die Wohnungsbauprobleme in Frankfurt lösen könnte. Es geht also um einen spezifizierten Teil, und der hat soziale Gründe, keine juristischen und keine ökonomischen Gründe. Er betrifft nämlich die so genannten problematischen Wohngebiete und deren „soziale Austarierung“.

Deswegen ist der Antrag der SPD abzulehnen und der Antrag NR 666 der Europa-Liste selbstverständlich anzunehmen. Ich bin gespannt, ob da noch ein paar Argumente genannt werden oder ob das einfach vom Tisch gewischt wird, nach dem Motto: Das ist ja nur eine kleine Fraktion.

Dem Antrag NR 383 der GRÜNEN werde ich zustimmen, um es gleich vorweg zu sagen. Ich habe aber dennoch ein paar Anmerkungen zu Dingen zu machen, die mir sonderbar zu sein scheinen, wenn ich einmal über den Tellerrand des Wohnraumspezifischen hinausschaue und mir ansehe, was hier gemeint ist.

Dieser Antrag will im Prinzip die Erarbeitung einer Leitlinie und will einen Wohnungsbeirat. Ein besonders schöner Satz ist gleich der erste, in dem steht: „Der Magistrat wird aufgefordert, eine aktive Wohnungspolitik zu beginnen.“ Das finde ich ziemlich hübsch. Es klingt, als ob es eine Oppositionspartei geschrieben hätte, so wie ich etwa, die gerade erst eineinhalb Jahre in diesem Parlament ist, und als ob es sich hier nicht um eine Partei beziehungsweise eine Fraktion, nämlich die GRÜNEN, handelte die zigmal im Magistrat war beziehungsweise ist und einen Teil der städtischen Regierung stellt. Das ist ein bisschen eigenartig, zumal, wenn man sieht, dass hier insgesamt viele Entscheidungen

von den GRÜNEN mit getroffen werden, die die Wohnraumsituation in Frankfurt - um es einmal furchtbar sanft zu sagen - nicht gerade verbessern.

Wir haben ein Problem. Da geht es einmal um diesen Beirat. In diesem Teil ist der Antrag einfach nur ein bisschen labberig formuliert. Wer wird dem Beirat angehören, wer entscheidet? Weil nicht genannt ist, wer Mitglied dieses Beirates sein soll, stellt sich die Frage, welche Mieterinitiativen dort hineindürfen. Können auch neu gegründete Initiativen hinein? Gibt es die Möglichkeit, diejenigen, die sich in den Wohnungen der Holding mit dem Gedanken von Mietergenossenschaften und anderen Trägern beschäftigen, auch noch mit hinein? Oder wird wieder einmal in kleinen Kreisen entschieden, das heißt, die genehmen Gruppen dürfen hinein und verhandeln das, was sowieso immer klar war? Ein Beirat kann natürlich dann, wenn es so falsch laufen würde, auch Entscheidungsdruck nehmen, kann die Sache verschieben.

Ich hätte es besser gefunden, wenn jetzt Entscheidungen getroffen würden. Wohnraumpolitik in Frankfurt beginnt ja nicht erst jetzt, sondern die gibt es schon, solange Leute in dieser Stadt Wohnungen haben und es Probleme damit gibt. Ich bin nicht etwa erstaunt über diesen Antrag, weil ich ihn völlig falsch finde, sondern deswegen, weil doch alle, die hier im Raum sind, und diejenigen, die sich mit Wohnungspolitik beschäftigen, eigentlich wissen, was sie wollen, und das auch auf den Tisch bringen können. Das heißt, man beantragt offensichtlich Beiräte, die Planung künftiger Leitlinien und das Beginnen einer sozialeren Wohnungspolitik, weil man sich sonst nicht einigen könnte, welche Entscheidung zu treffen wäre und weil der Magistrat dann in dieser Frage wahrscheinlich auseinander gesprengt werden würde. Das ist meine Vermutung.

Bundesweit lag die Zahl von Sozialwohnungen 1993 bei 2,6 Millionen Wohnungseinheiten. Die Perspektiven von Stadtsoziologen und von wohnungspolitischen Fachleuten sehen so aus, dass diese Zahl bis 2010 bundesweit von diesen 2,6 Millionen auf 400.000 Wohnungseinheiten heruntersacken wird. In Frankfurt droht - wenn ich mich nicht vorhin verhört habe - sozusagen die Halbierung von 50.000 auf 25.000 Wohneinheiten. Das heißt,

wir haben eine rapide sinkende Zahl von Sozialwohnungen bei gleichzeitigem Steigen von Armut, aus unterschiedlichen Ursachen, und von Arbeitslosigkeit.

Wir haben hier allerdings eine Trennung, das ist sehr komisch. Bei diesem Thema gibt es sonderbarerweise eine fachidiotische Grenze, denn gleichzeitig sind andere Entscheidungen des Magistrats und der Mehrheit hier im Parlament sehr gut geeignet, die Verschärfung der Wohnraumkrise und die soziale Notlage vieler Menschen in dieser Stadt voranzutreiben. Zum Beispiel hat diese Stadtregierung mit Zustimmung der GRÜNEN Projekte beschlossen - ich erinnere nur an die Änderung der Hochhauspolitik, die Europäische Zentralbank und so weiter -, die dazu geführt haben, dass es nicht nur diese wunderbare Aufwertung bestimmter Stadtteile gab, sondern auch dazu, dass bezahlbarer Wohnraum Stück für Stück vernichtet wurde und der Druck auf diejenigen entstanden ist, die zu wenig Geld haben, um sich in diesen wunderbar aufgewerteten Stadtteilen eine Wohnung zu leisten und sich verziehen müssen, und zwar nicht nur nach Steinbach, sondern - wir wissen es - an die Ränder der Stadt oder in die Dörfer und umliegenden Gemeinden und so weiter.

Diese städtebaulichen Maßnahmen, die hier vom gleichen Magistrat beschlossen werden, der jetzt diese wunderbaren neuen Leitlinien beschließen soll, diese Gentryfication, die seit vielen Jahren in Frankfurt passiert, führt zur Gettoisierung. Wir sehen das in Ansätzen, wir sehen es in kleinen ganzen Gettos, und wir sehen das jetzt in gemischten Lagen. Es gibt auch in Frankfurt eine ganze Reihe von Wohngebieten, in denen der Anteil von Menschen ohne soziale Perspektive, ohne Arbeit, ohne die Hoffnung, sozusagen noch einmal in eine Form der Beteiligung am gesellschaftlichen Leben zurückkehren zu können, wächst. Das fällt nicht auf und stört nicht weiter, bis es Krisen gibt, bis es da zu Randalen kommt, zu Unruhen und Nervereien, oder bis die Wählerpotenziale bestimmter Parteien bedroht werden. Wenn das dann so ist, versucht man immer, die Probleme, die man geschaffen hat und die man hätte abwenden können, repressiv zu zerschlagen, das heißt mit Hilfe von Polizei und repressiver Sozialarbeit.

Was ich so paradox finde, ist die Haltung der GRÜNEN. Mit ihrer Zustimmung wird Frankfurt für den Bedarf von Konzernen und immer noch konsumfreudigen, gut betuchten Mittelschichtangehörigen aufgewertet, obwohl diese - gelinde gesagt - sozusagen auch ein Problem mit der Anzahl der Luxusgüter haben, die sie sich leisten können, und die sicher hier und dort auch einmal sparen müssen, weil auch im Bereich von Banken, Versicherungen und so weiter, wie wir wissen, Leute entlassen werden - auch hier gibt es natürlich Veränderungen. Gleichzeitig wird aber immer noch umgewälzt und immer noch eine Aufwertung betrieben, die sozial vollkommen unverträglich ist, in den meisten Fällen eben mit Zustimmung der GRÜNEN, die gleichzeitig den Magistrat beauftragen, eine sozialere Wohnungspolitik zu machen. Das finde ich ziemlich paradox; andererseits aber auch nicht, denn der objektive Wählerinnen- und Wählerauftrag ist ja zu erfüllen. Ich muss sagen, ich werde jetzt umschalten: Ich finde langsam die Wähler der GRÜNEN schlimmer als die GRÜNEN selbst. Natürlich gehören dazu auch steigende Zahlen von Klientelen, die extrem ellenbogenstark, extrem unsozial und extrem konsumfreudig sind. Wenn man solche Wähler hat, dann wird man das wahrscheinlich so machen müssen, das heißt einerseits auf einem sozialen Klavier zu spielen, andererseits aber durch die konkrete Stadtplanungspolitik in Frankfurt dafür zu sorgen, dass die Gutbetuchten vorrangig bedient werden.

Also, was will die Stadt machen, um die Wohnungsnot zu lindern? Wie gesagt, im Antrag steht: „Neu geklärt werden muss auch, in welcher Weise die Vorbildfunktion des städtischen Wohnungsbestandes auch künftig durch die Wohnungspolitik gesichert und fortentwickelt werden soll.“ Ich habe den Satz dreimal gelesen und habe die Substanz immer noch nicht so klar erkennen können. Ich finde das einfach wahnsinnig wackelig, aber gut, sei es drum. Was will also die Stadt machen, um die Wohnungsnot zu lindern? Sie gründet einen Beirat, nach dem Motto: Ja, macht nur einen Plan.

Was könnte die Stadt tun? Sie könnte die Modernisierung von Altbaubestand finanzieren und an schärfere Belegrechte binden; es gibt da viele Möglichkeiten, wie wir wissen. Sie könnte die Umwandlung von Mietshäu-

sern in Eigentumswohnungen erschweren und nicht blind - und nach wie vor ist das der Fall - Abgeschlossenheitsbescheinigungen verstempeln und damit soziale Situationen und Biotope in dieser Stadt umkrepeln. Sie könnte Investoren, die von neuen Wohngebieten profitieren, dazu zwingen, auch die Infrastruktur zu finanzieren. Dann entstünden keine Situationen, in denen es neue Häuser, aber dummerweise keine passenden Kindergärten und vieles andere gibt. Was nützen neue Wohngebiete am Rand der Stadt, wenn sie nicht einmal Kindergärten, Spielplätze und einiges andere haben?

Und die Stadt könnte natürlich aufhören, regelmäßig kommunalen Grund und Boden zu verkaufen, weil das ja die Voraussetzung dafür wäre, überhaupt Grundstücke zu haben, auf denen man dann sozialen Wohnungsbau als Neubau, als innovativen Bau, als ökologischen Bau, als sozialen Bau und als gemeinschaftliche Projekte erstellen könnte; ganz zu schweigen von Erbbaupacht-rechten, die auch nicht mehr möglich sind, wenn man gar keinen kommunalen Grund und Boden mehr hat, weil man alles verschreibt hat und sich dabei auch noch großartig fühlt.

Das typische Frankfurter Wohnprogramm fördert gering, dafür liegt die Einkommensgrenze höher. Das hilft den Armen in dieser Stadt überhaupt nicht. Was also wäre zu tun? Kommunale Wohnungen müssten wieder vorrangig an Benachteiligte vermietet werden. Das würde eine Änderung der Unternehmenspolitik der Wohnungsgesellschaften bedeuten. Die Wohnungsgesellschaften müssten lernen, ihren Versorgungsauftrag zu respektieren. Es müssten mehr Sozialwohnungen neu gebaut werden.

Ich bin sofort fertig, Frau Vorsteherin, nur noch zwei Sätze.

Warum sollte eigentlich städtisches Kapital in Wohnbaugesellschaften gebunden sein, wenn diese Gesellschaften dem sozialen Auftrag schwerfällig oder schlecht nachkommen?

(Zurufe)

Ich habe kein Kapital.

(Zurufe)

Bücher schreiben? Ich wusste nicht, dass ich damit sozusagen Kapitalistin bin. Ich glaube, Sie sollten einmal einen ökonomischen Grundkurs machen.

Die städtisch finanzierten Wohnungsgesellschaften müssten ihren sozialgebundenen Bestand erweitern, und nicht zuletzt wiederhole ich meinen Vorschlag von vorhin und frage: Was spricht eigentlich gegen den lang-samen Übergang in Mietergenossenschaften, also gegen eine grundsätzliche Veränderung der Struktur der Wohnungsbaugesellschaften?

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Frau Ditfurth, wollen Sie noch eine Frage von Herrn Baier beantworten?

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-  
ARL:**  
(fortfahrend)

Nö.

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Danke schön! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Stadtverordneten Daum, CDU-Fraktion.

**Stadtverordneter Heinz Daum, CDU:**

Frau Vorsteherin,  
meine Damen und Herren!

Ich möchte mich doch noch in ein paar Sätzen mit der traurigen Rolle der SPD in dieser wohnungspolitischen Debatte auseinandersetzen, denn ich glaube, das ist es wert. Mit dem Antrag NR 749 wollten Sie nichts anderes machen als gerade noch in letzter Minute oder Sekunde auf den bereits abgefahrenen Zug aufzuspringen. Wir wollen doch einmal bei den Fakten bleiben.

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.  
Ich schließe die Aussprache.

(Zurufe)

Nein, er wollte sich nicht melden, Herr Sikorski. Ich habe ihn extra befragt.

Ich lasse nunmehr über die mit dem Ausschussbericht vorgelegte Empfehlung abstimmen, die auch in der ausgelegten Tagesordnung I abgedruckt ist und lautet:

(Zurufe)

Wir sind jetzt in der Abstimmung, Frau Ditfurth.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**

Ich möchte gerne, dass über alle Vorlagen abgestimmt wird. Sie müssen das nicht verschlüsseln.

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Alexandra Prinzessin von Hannover:**  
(fortfahrend)

Die Vorlage, die Sie meinen, ist der Antrag NR 666. Über ihn wurde bereits im Rahmen der Abstimmung über die Tagesordnung II entschieden.

(Zurufe)

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**  
(fortfahrend)

Ach so, um so einfacher können wir dann direkt abstimmen und müssen nicht über indirekte Wege gehen.

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Alexandra Prinzessin von Hannover:**  
(fortfahrend)

Ich kann Ihnen auch das Ergebnis sagen, es lautet: Die Vorlage NR 666 wird abgelehnt.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**  
(fortfahrend)

Es ändert aber nichts an meinem Vorschlag, jetzt direkt über die Vorlage, die auf der Tagesordnung steht, abzustimmen.

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Alexandra Prinzessin von Hannover:**  
(fortfahrend)

Nein, das ist nicht so.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**  
(fortfahrend)

Ich glaube, Sie verstehen nicht, was ich meine.

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Alexandra Prinzessin von Hannover:**  
(fortfahrend)

Doch ich verstehe schon, was Sie meinen. Über die Vorlage NR 666 wurde bereits über die Tagesordnung II abgestimmt. An dieser Abstimmung haben Sie sich beteiligt.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**  
(fortfahrend)

Ich rede doch nicht über die Vorlage NR 666. Wir stimmen doch jetzt, wenn ich es richtig verstanden habe, über den Antrag NR 383 ab, oder sehe ich das falsch?

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Alexandra Prinzessin von Hannover:**  
(fortfahrend)

Lassen Sie mich doch einmal zu Ende reden.



**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**  
(fortfahrend)

Klar.

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Alexandra Prinzessin von Hannover:**  
(fortfahrend)

Setzen Sie sich ruhig solange hin, Frau Ditfurth.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Erstens ...

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**  
(fortfahrend)

Frau Hannover diese abfällige Handbewegung können Sie lassen, jedenfalls solange Sie da oben sitzen.

(Zurufe)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Alexandra Prinzessin von Hannover:**  
(fortfahrend)

Das war gar nicht abfällig, ich habe nur ...

(Zurufe)

Ich mache jetzt weiter: Erstens, der Vorlage NR 383 wird mit der Maßgabe zugestimmt, dass der zweite Absatz folgende Fassung erhält: „Zu diesem Zweck soll vom Magistrat unter Heranziehung eines planungs-, wohnungs- und sozialpolitischen Sachverständigen eine Leitlinie Frankfurter Wohnungspolitik erarbeitet werden“. Zweitens, die Vorlage NR 697 wird abgelehnt. Das Abstimmungsergebnis lautet zur NR 383: CDU, GRÜNE, FDP, FAG und REP Annahme mit Änderung, SPD Ablehnung. Das Abstimmungsergebnis zur NR 697 lautet: CDU und GRÜNE Ablehnung. SPD, FDP und FAG Annahme. Die nicht im Ausschuss vertretenden Fraktionen haben zur NR 383 wie folgt votiert: PDS, ÖkoLinX-ARL und E.L. Annahme. BFF Enthaltung. Zur NR 697 wurde wie folgt votiert: REP, PDS und E.L. Annahme, BFF Enthaltung und

ÖkoLinX-ARL Ablehnung. Wer dem Ausschussbericht zuzustimmen wünscht, ...

(Zurufe)

Das geht so, und so wird das auch gemacht.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**  
(fortfahrend)

Sie können die Vorlage jetzt in der veränderten Form zur Abstimmung bringen. Wir brauchen kein indirektes Verfahren. Das Parlament sitzt hier und beschließt über eine Vorlage, von der wir jetzt alle zur Kenntnis genommen haben, dass sie in einem Absatz verändert wurde. Was ist daran so schwer?

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Alexandra Prinzessin von Hannover:**  
(fortfahrend)

Beantragen Sie damit die Einzelabstimmung Frau Ditfurth?

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**  
(fortfahrend)

Ja!

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Alexandra Prinzessin von Hannover:**  
(fortfahrend)

Dann stimmen wir über den Antrag von Frau Ditfurth, über die Vorlage NR 383 abstimmen zu lassen, ab.

Vorher gibt es aber eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung von Herrn Vowinckel.

**Stadtverordneter Klaus Vowinckel, CDU:**

Ich bitte das Plenum, diesen Antrag abzulehnen. Die Vorbehandlung in den Ausschüssen dient nicht nur zur Diskussion der Sachfragen, sondern auch der Vorbereitung einer Abstimmung. Dass wir hier über 15 Vorlagen einzeln abstimmen sollen, die alle schon votiert sind, ist nicht angemessen und gehört auch nicht hierher.

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Frau Ditfurth, ich habe Ihr Abstimmungsergebnis vorgelesen. Wir stimmen darüber ab.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**

Wir haben keine 15 Punkte, ich rede doch nur über den Antrag, der auf der Tagesordnung I steht, Herr Vowinckel. Ich weiß nicht, was Sie heute gebissen hat.

(Zurufe)

Das mag sein, aber in den Ausschüssen sind wir nicht vertreten und können daher auch vorher nicht an der Diskussion und Abstimmung teilnehmen. Das Parlament ist immer noch das höchste Gremium. Nehmen Sie uns als Vollmitglieder in die Ausschüsse, dann können wir über solche Verfahren auch reden.

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Alexandra Prinzessin von Hannover:**  
(fortfahrend)

Ich schlage jetzt vor, wir stimmen über den Antrag von Frau Ditfurth, eine Einzelabstimmung vorzunehmen, ab. Wer dem Antrag von Frau Ditfurth zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht.) Das ist offensichtlich nicht die Mehrheit. Sind Sie jetzt zufrieden? Dann fahre ich jetzt mit dem Verfahren fort.

(Zurufe)

Herr Oesterling bitte.

**Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:**

Frau Vorsteherin, ich wollte nur darauf hinweisen, da es offensichtlich in der Debatte etwas untergegangen ist, dass der Kollege Dr. Stoffregen vorhin schon mitgeteilt hatte, dass bei dem Antrag der GRÜNEN, NR 383 das Votum der SPD so wie das von CDU, GRÜNEN, FDP und FAG lautet.

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Vielen Dank! Wer dem Ausschussbericht mit der Änderung, die Herr Oesterling vorgetragen hat zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe)

Ich lese die Voten jetzt noch einmal vor. Die Abstimmung zur NR 383 lautet: CDU, GRÜNE, FDP, FAG, REP und nun auch SPD votieren für Annahme mit der Änderung. Sollen wir darüber einzeln abstimmen, wäre das vernünftiger? Herr Sikorski, bitte!

**Stadtverordneter Lutz Sikorski, GRÜNE:**

Wir hätten vorhin über den Ausschussbericht abstimmen können, jetzt hat aber die SPD doch im Plenum ihr Votum geändert. Deswegen gibt es keinen Ausschussbericht mehr, der das Votum der SPD in diesem Punkt wiedergibt. Also müssen wir an dem Punkt tatsächlich eine Einzelabstimmung machen, das heißt, nur über den Antrag NR 383 abstimmen.

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Alexandra Prinzessin von Hannover:**

Dann stimmen wir jetzt über den Antrag NR 383 ab. Wer diesem Antrag in der geänderten Fassung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht). Allgemeine Zustimmung. Wer ist dagegen? (Geschieht). Enthaltungen? (Geschieht). Die BFF enthält sich. Ich stelle fest, der Vorlage NR 383 wurde bei Enthaltung der BFF zugestimmt. Jetzt kommen wir zur NR 697. Der Ausschussbericht lautet: CDU und GRÜNE Ablehnung, SPD, FDP und FAG Annahme. Die nicht im Anschluss vertretenen Fraktionen haben wie folgt votiert: REP, PDS und E.L. Annahme, BFF Enthaltung, ÖkoLinX-ARL Ablehnung.

Wer diesem Ausschussbericht zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht). Gegenstimmen? (Geschieht). Frau Ditfurth, Enthaltung?

<b>6. Liberalisierung des Strommarktes ökologisch und ökonomisch nutzen</b> .....	57
Bericht des Magistrats vom 25.02.2002, B 227	
<u>hierzu:</u> Antrag der GRÜNEN vom 22.05.2002, NR 652	
Stadtverordnete Angela Hanisch, GRÜNE: .....	57
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:.....	59
Stadtverordneter Markus Frank, CDU:.....	60
Stadtverordneter Gert Wagner, SPD: .....	62
Stadtverordnete Angela Hanisch, GRÜNE: .....	65
<b>Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>65</b>
7. Rücknahme der Olympiabewerbung für das Jahr 2012.....	66
Antrag der FAG vom 27.08.2002, NR 729	
<u>hierzu:</u> Antrag der FAG vom 16.09.2002, NR 757	
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG: .....	66
Stadtverordnete Rosemarie Schubert, REP: .....	70
Stadtverordneter Martin Gerhardt, CDU: .....	71
Stadtverordneter Volker Stein, FDP:.....	73
Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:.....	74
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:.....	75
Stadtverordneter Marcus Bocklet, GRÜNE:.....	77
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: .....	79
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	81
Stadtverordneter Uwe Becker, CDU: .....	84
Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: .....	87
Oberbürgermeisterin Petra Roth: .....	87
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG: .....	90
Stadtverordneter Klaus Vowinkel, CDU: .....	90
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG: .....	92
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:.....	92
Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:.....	94
Stadtverordneter Hans Busch, SPD: .....	94
8. Stadtrat Dr. Nordhoff das Kulturdezernat entziehen .....	95
Antrag der REP vom 21.08.2002, NR 716	
Stadtverordneter Michael Langer, REP: .....	95
9. Cross Border Leasing (CBL) .....	96
Antrag der PDS vom 23.08.2002, NR 724	
Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS: .....	96
Stadtverordneter Michael Langer, REP: .....	98

Wenn die das unterzeichnen, kostet sie das Geld. Dann müssen sie auch ein bisschen was verändern. Dann muss man seinen Beitrag leisten. So wie wir das von den Amerikanern fordern, unterzeichnet das und leistet euren Beitrag, so leisten wir auch einen Beitrag als Stadt, und diesen Beitrag muss jeder von der Bevölkerung zumindest ein wenig mittragen. Das wird nicht jeder gern machen, das weiß ich, da brauche ich nur nach rechts zu schauen.

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Ute Hochgrebe:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Hanisch, Fraktion der GRÜNEN.

**Stadtverordnete Angela Hanisch, GRÜNE:**

Ich möchte etwas zu den Deckungsvorschlägen sagen. Der Antrag, wie wir ihn ursprünglich gestellt haben, das war 1998, vor vier Jahren, da hatten wir den Deckungsvorschlag, dass der Strombezug ausgeschrieben wird, weil wir der Meinung waren, dass die Stadt Frankfurt den Strom zu teuer einkauft. Die Stadt Frankfurt kauft ihn inzwischen wohl nicht mehr zu teuer ein, das Geld, das sie dadurch spart, ist im Haushalt verschwunden. Das war der erste Deckungsvorschlag. Es ist klar, wir brauchen das. Es wäre auch sinnvoll, dass Frankfurt das Geld spart, aber es ist nicht mehr dazu da, irgendwo egalisiert, dass wir grünen Strom beziehen können. Das Zweite ist, dass es durchaus möglich sein könnte, dass Frankfurt verhandelt, dass der Strom nicht teurer wird, auch wenn nächstes Jahr ein Prozent mehr erneuerbare Energiequellen genutzt werden, denn es gab und gibt weiterhin eine rot-grüne Regierung in Berlin, die zum Beispiel das erneuerbare Energiengesetz und das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz beschlossen hat. Insofern ist es auch kostengünstiger für den Produzenten dieser Energie, und insofern muss es nicht zwangsläufig so sein, dass Frankfurt für ÖKaWe-Strom nächstes Jahr genauso viel als Großabnehmer zahlt, wie

Privatkunden und eigentlich müsste es auch für die etwas günstiger werden.

(Beifall)

Der dritte Punkt ist, eine Quote, die wir heute beschließen, wenn wir in zehn Jahren feststellen, das ist nicht leistbar, dann können wir als Haus auch etwas anderes beschließen und umgekehrt. Wenn wir feststellen, es ist möglich, dass in Frankfurt ohne drastische Mehrkosten mehr Kraft-Wärme-Kopplungs-Strom bezogen werden kann, können wir diese auch wieder hoch setzen.

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Ute Hochgrebe:**

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe damit die Aussprache. Ich lasse nunmehr über die mit dem Ausschussbericht vorgelegte Empfehlung abstimmen, die auch in der ausgelegten Tagesordnung I abgedruckt ist und lautet: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: 1. Die Vorlage B 227 dient zur Kenntnis. 2. a) Die Ziffer 1. der Vorlage NR 652 wird abgelehnt. b) Den Ziffern 2. und 3. der Vorlage NR 652 wird in der vorgelegten Fassung zugestimmt. Frau Ditfurth zur Geschäftsordnung.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**

Ich möchte den Antrag stellen, und es ist schade, dass ich den immer wieder stellen muss, dass wir über diese beiden Vorlagen einzeln abstimmen und nicht über den Ausschussbericht.

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Ute Hochgrebe:**

Das können wir gerne machen, wenn das Ihr Wunsch ist. Erhebt sich dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall. Dann stimme ich als Erstes über den Antrag NR 652 Ziffer 1., ab. Dort heißt es: Die Vorlage NR 652 Ziffer 1. wird abgelehnt. Wer stimmt dieser Ablehnung zu? (Geschieht). Danke. Das sind die Fraktionen FDP, CDU, SPD,

Republikaner, BFF und FAG. Wer stimmt der Ziffer 1. zu? (Geschieht). Das sind die Fraktionen GRÜNE, PDS, ÖkoLinX-ARL und eine Stimme der FAG. Damit ist Ziffer 1. der Vorlage NR 652 abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu den Ziffern 2. und 3. der Vorlage NR 652. Hier wird Zustimmung empfohlen. Wer stimmt den Ziffern 2. und 3. der Vorlage NR 652 zu? (Geschieht). Das sind die Fraktionen GRÜNE, SPD, FAG, PDS und ÖkoLinX-ARL. Wer lehnt die Ziffern 2. und 3. ab? (Geschieht). Das sind die Fraktionen FDP, Republikaner und CDU. Wer enthält sich der Stimme? (Geschieht). Eine Stimmenthaltung von BFF. Damit wurde beiden Ziffern zugestimmt.

Damit ist die Vorlage NR 652 Ziffer 1. abgelehnt, Ziffer 2. und 3. zugestimmt. Wir kommen jetzt zur Vorlage B 227. Hier wird Kenntnisnahme empfohlen. Wer stimmt für Kenntnisnahme des Berichtes? (Geschieht). Das sind die Fraktionen FDP, Republikaner, BFF, CDU, SPD und FAG.

(Zurufe)

Als Zwischenbericht? Da ich nicht den gesamten Bericht vorlesen konnte, verehrte Kollegen, kann ich nur nach dem, was ich hier stehen habe sagen, dass ÖkoLinX-ARL diesen Bericht als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen hat. Alle anderen haben abgelehnt.

Es ist etwas kompliziert mit den aus dem System herausfallenden Abstimmungen. Bei der Vorlage B 227 haben die Fraktionen CDU, SPD, FDP, BFF und Republikaner mit Kenntnis gestimmt. Die Fraktionen GRÜNE, FAG, PDS und ÖkoLinX-ARL hatten Kenntnis als Zwischenbericht. Wer für Zwischenbericht bei der Vorlage B 227 stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht). Das sind die Fraktionen FAG, PDS, ÖkoLinX-ARL und GRÜNE. Das ist das Abstimmungsergebnis. Das heißt, der Bericht ist zur Kenntnis genommen worden.

Damit schließe ich diesen Tagesordnungspunkt.

## **Tagesordnungspunkt 7.**

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Ute Hochgrebe:**

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 7., Olympiabewerbung, auf. Wir behandeln die Vorlagen NR 729 und NR 757 der FAG-Fraktion mit dem Betreff „Rücknahme der Olympiabewerbung für das Jahr 2012“. Die FAG-Fraktion hat den Antrag zur Tagesordnung I gestellt. Ich mache darauf aufmerksam, dass der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt, die Vorlagen um eine Runde zurückzustellen, dennoch sollen die Vorlagen heute zur Aussprache kommen. Die erste Wortmeldung liegt mir von Herrn Schäfer, FAG, vor.

**Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die SPD wollte mit einigen Geschäftsordnungstricks die heutige Debatte nicht. Das ist zutiefst peinlich. Diese Debatte findet dennoch statt. Es wird darüber nicht abgestimmt und das ist, um Herrn Wowereit zu zitieren, gut so.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es war niemand Geringeres als die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth, die vor einigen Jahren denjenigen, die in der Politik über Visionen verfügten, empfahl, doch umgehend zum Arzt zu gehen. Seit einem guten Jahr wird die Frankfurter politische Öffentlichkeit nun von einer politischen Vision in den Bann geschlagen, einer Botschaft, die den großen Vorteil hat, dass sie an Schlichtheit nicht zu übertreffen ist. Noch dazu in einem Wort, genauer gesagt, in sieben Buchstaben und einem Ausrufungszeichen zusammenfassen lässt: OLYMPJA!

Wir von der FAG verlieren uns nur selten in visionären Gedankenspielen. Niemand von uns ist gegen Breitensport und die meisten können der olympischen Idee eine Menge abgewinnen. Aber angesichts der prekären Haushaltslage in Frankfurt sollten wir mit den Füßen auf dem Teppich bleiben und gemein-

6.	Liberalisierung des Strommarktes ökologisch und ökonomisch nutzen.....	57
	Bericht des Magistrats vom 25.02.2002, B 227	
	<u>hierzu:</u> Antrag der GRÜNEN vom 22.05.2002, NR 652	
	Stadtverordnete Angela Hanisch, GRÜNE: .....	57
	Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:.....	59
	Stadtverordneter Markus Frank, CDU:.....	60
	Stadtverordneter Gert Wagner, SPD: .....	62
	Stadtverordnete Angela Hanisch, GRÜNE: .....	65
	Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: .....	65
<b>7.</b>	<b>Rücknahme der Olympiabewerbung für das Jahr 2012.....</b>	<b>66</b>
	Antrag der FAG vom 27.08.2002, NR 729	
	<u>hierzu:</u> Antrag der FAG vom 16.09.2002, NR 757	
	Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:.....	66
	Stadtverordnete Rosemarie Schubert, REP: .....	70
	Stadtverordneter Martin Gerhardt, CDU: .....	71
	Stadtverordneter Volker Stein, FDP:.....	73
	Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:.....	74
	Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:.....	75
	Stadtverordneter Marcus Bocklet, GRÜNE:.....	77
	<b>Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>79</b>
	Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	81
	Stadtverordneter Uwe Becker, CDU: .....	84
	<b>Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>87</b>
	Oberbürgermeisterin Petra Roth: .....	87
	Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG: .....	90
	Stadtverordneter Klaus Vowinkel, CDU: .....	90
	Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG: .....	92
	Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:.....	92
	Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:.....	94
	Stadtverordneter Hans Busch, SPD: .....	94
8.	Stadtrat Dr. Nordhoff das Kulturdezernat entziehen .....	95
	Antrag der REP vom 21.08.2002, NR 716	
	Stadtverordneter Michael Langer, REP: .....	95
9.	Cross Border Leasing (CBL) .....	96
	Antrag der PDS vom 23.08.2002, NR 724	
	Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS:.....	96
	Stadtverordneter Michael Langer, REP: .....	98

um dann einen Abwägungsprozess fortzuführen, zu dem auch die Vermittlung der finanziellen Konsequenzen dieser Bewerbung gehört. Es muss der Bevölkerung der Stadt Frankfurt erklärt werden, was detailliert anfällt, was danach anfallen wird, was auf die Stadt zukommt und worin der Gewinn besteht. Diese Antworten werden im November mit der Vorlage der Studie gegeben. Dann werden wir auch unser definitives grünes Licht zu dieser Sache geben. Das haben wir am Anfang gesagt, in der Mitte, und das sagen wir auch in dieser Stunde.

Ich danke Ihnen!

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Ute Hochgrebe:**

Als nächste Rednerin hat sich Frau Stadtverordnete Ditfurth zu Wort gemeldet. Bitte!

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**

Noch einmal schönen guten Abend!

Ich habe mir die Schulbroschüre „Startklar für Olympia, wir sind dabei“ für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe - die kostenlos vom Himmel gefallen zu sein scheint - noch einmal angeschaut. Ich habe prompt - es macht manchmal Spaß zu blättern, etwas darin gefunden. In diesem Indoktrinationspapier, diesem Pamphlet für Schulen, für Kinder und Jugendliche findet man ein Preisrätsel. Da steht: Aus Tradition weltoffen und leistungsstark. Klasse Kategorien, tolle Werte, jedenfalls leistungsstark. „Sammelst du den Anfangsbuchstaben“ als Aufgabe für die Kinder von Frankfurt Rhein-Main, Wörter und Begriffen für besondere Kennzeichen, historische Ereignisse, Sehenswürdigkeiten und so weiter. Wen wundert es, dass an erster Stelle der vorgegebenen Antworten der Flughafen genannt wird und an dritter Stelle - gleich nach dem Römer übrigens - die Automobilmesse. Man hat also für den Buchstaben f wie Frankfurt nichts anderes als den Flughafen gefunden. Friedberger Warte oder Film-museum würden mir zum Beispiel einfallen.

Auch die Automobilmesse ließe sich sicher durch irgendwelche anderen Worte, die mit a anfangen, ersetzen.

(Zurufe)

Ich muss sagen, ich halte die Indoktrination von Kindern aus rein wirtschaftlichen und Kapitalinteressen hier in der Region für eine ziemliche Sauerei. Da werden Werte vermittelt, da wird so getan, als ob es etwas mit Sport zu tun habe, und die Kids sollen denken, oh Klasse, hier ist etwas los. Man verschweigt ihnen aber gleichzeitig, dass die finanziellen Folgen bedeuten würden, dass, sofern sie in ärmeren Familien leben, ihre Lage auf Grund der Kürzungen anschließend noch beschissener sein wird.

Ich habe einmal etwas anders als sonst gemacht, ich habe mir die Protokolle angeschaut und die Debatten nachgelesen. Es war wirklich eine Schulung in politischer Realsatire. 1962 hat die Stadt Frankfurt - noch sehr vernünftig - beschlossen, auf die Bewerbung für eine Olympiade zu verzichten, wegen der schlechten Haushaltslage und der schlechten Prognosen. Es war ein Déjà-vu-Effekt. 1994 hat ein gewisser Stadtkämmerer Koenigs gesagt: „Wegen der Unterstützung der Bewerbung Berlins wurde die eigene Bewerbung der Stadt Frankfurt um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele nicht weiter verfolgt. Damit haben wir viel Geld gespart“. In der Beschäftigung mit den Protokollen kommt man auch zu interessanten Erkenntnissen über Glaubwürdigkeit, Ehrlichkeit und Größenwahn. Herr Becker hat in einer Debatte gesagt: „Wenn wir heute, unabhängig davon, ob im Jahre 2012 überhaupt der Zuschlag nach Europa fällt, ob er dann überhaupt nach Deutschland geht und ob dann Frankfurt an der Stelle zum Zuge kommt, das Signal aussenden würden, dass wir im Verhältnis zu Leipzig, zu Hamburg oder zum Ruhrgebiet nicht in der Lage sind, die Olympischen Spiele zu stemmen, was gäbe das für ein Bild nach außen“.

(Beifall)

Ich wusste, dass Sie klatschen würden, Sie klatschen zu Ihren eigenen Worten.

(Zurufe)

Das Image geht immer vor. Bei den sozialen Problemen dieser Stadt sind Sie weiterhin skrupellos. Noch größenwahnsinniger als Herr Becker - ich gebe es gern zu - war ein gewisser Oberbürgermeister Brück einige Jahre zuvor. Er hat damals gesagt, Frankfurt dürfe sich nicht mit Hamburg, Berlin oder München vergleichen, sondern mit Tokio, London oder New York.

Wir sollten nie vergessen, dass Frankfurt die Größe der Weltstadt Essen hat.

Ein Beispiel aus den Protokollen zum Thema Flughafen, das hoch interessant ist. Damals hat der Stadtverordnete Dr. Schulz-Freywald von der FAG-Fraktion darauf hingewiesen, dass der Unternehmerverband Frankfurt Rhein-Main an die Bürgermeister der Region appelliert und gesagt hat, eine glaubwürdige Bewerbung für die Austragung der Olympischen Spiele 2012 sei ohne eine weitere Landebahn nicht möglich. Daraufhin gab es eine Debatte im Parlament, bei der Herr Stadtrat Schwarz auf die Frage, ob es diesen kausalen Zusammenhang denn gäbe, ob er den auch so sehe, gesagt hat, ein unmittelbarer enger kausaler Zusammenhang werde nicht gesehen. Das war dem Stadtverordneten Heumann ein bisschen zu unscharf. Der hat dann gefragt: „Kann ich Ihrer Antwort entnehmen, dass die Chancen der Stadt Frankfurt ohne einen Ausbau des Flughafens bei der Olympiabewerbung gegen null gehen, und dass man deshalb im Umkehrschluss sagen muss, wer für die Olympischen Spiele 2012 in Frankfurt ist, muss in jedem Fall auch für den Ausbau des Flughafens sein?“ Beifall, Zurufe. Stadtrat Schwarz antwortete: „Ich würde nicht so weit gehen, zu sagen, dass wenn der Flughafen nicht ausgebaut würde, die Chancen für Olympia gegen null gehen. Sie würden sich der Null aber stark annähern.“

(Heiterkeit)

Zweites Beispiel aus den Protokollen zum Thema Umgang mit dem Parlament und der Frage des undemokratischen Ablaufes von Entscheidungsstrukturen. Wie gesagt, es hat echt richtig Kabarett ersetzt, nur diese dämlichen Protokolle nachzulesen. In der Sitzung im Mai diesen Jahres fragte Heiner Halberstadt von der PDS-Fraktion bezogen auf den vermuteten Verkauf eines Teils des so ge-

nannten Europaareals durch den Magistrat für ein olympisches Dorf: „Wie will es der Magistrat verantworten, angesichts der maroden Haushaltslage und ihrer innerstädtischen Folgewirkungen zig Millionen Euro als Vorleistung für die Olympiabewerbung auszugeben“. Er hatte Recht, die Medien wussten es vor dem Parlament. Zu diesem Zeitpunkt wurde schon längst über konkrete Grundstücke, Größe und den Preis gesprochen. Aber was antwortete damals Stadtkämmerer Hemzal? Sie müssen zuhören, es ist tiefgründig philosophisch: „Die in der Fragestellung anklingenden Bedenken sind daher eher theoretischer Natur. Etwaige Belastungen des städtischen Haushaltes lassen sich erst dann abschätzen, wenn unter Beachtung planungsrechtlicher Entscheidungen über daraus folgende Bewertungsfragen, einschließlich etwaiger Fälligkeiten, seriöse Aussagen getroffen werden können“. Natürlich waren die sechs Millionen schon längst beschlossen. Man muss sich das so vorstellen: Da geht der Magistrat mit einem großen Einkaufskorb durch die Stadt und schaut sich ganz unverbindlich hier und dort ein Gelände an und zwar ohne die größte Kalkulation der finanziellen Folgen dieser Gelüste. Dann werden Kaufpreise in den Medien genannt. Von 120 Millionen war damals in diesem Beispiel die Rede, aber der Stadtkämmerer weiß immer noch von nichts und fabuliert Sätze wie: „Für solche Anfragen besteht kein Anlass. Bei jedem Projekt, das man ins Auge fasst, gibt es einen Start. Man kann einen solchen Start sehen. Darüber Aussagen zu machen, ist zum derzeitigen Zeitpunkt nicht sehr sinnvoll.“ Das reichte Herrn Schäfer von der FAG-Fraktion nicht aus, und er fragte daher: „Herr Stadtrat Hemzal, können Sie ausschließen, dass die Summen, die in der Presse ein Kaufangebot der Oberbürgermeisterin betreffend genannt wurden, Gegenstand der von Ihnen zitierten Gespräche waren?“ Der Stadtkämmerer informierte uns bestens und sagte: „Das kann ich weder ausschließen noch bestätigen“. Zu diesem Zeitpunkt war aber schon die Entscheidung für ein Gutachtergremium zur Berechnung des Preises für dieses konkrete Grundstück gefallen, oder nicht? Die PDS-Fraktion beantragte eine aktuelle Stunde, und Herr Halberstadt erinnerte daran, dass seine Fraktion schon viel früher habe wissen wollen, ob daran gedacht wurde, dem jetzigen Eigentümer des Geländes



das Gelände oder einen Teil davon abzukau-  
fen.

Könnten die GRÜNEN und das schwarz-  
grüne Bündnis in der Mitte ein bisschen leiser  
sein? Danke!

Der Magistrat sagte damals im Bericht B 81,  
dass alles noch offen und unverbindlich sei,  
und die Antwort waberte in das Esoterische:  
Gespräche würden erst geführt werden kön-  
nen, wenn der Zeitpunkt gekommen sei, also  
wenn die entsprechende Erleuchtung über  
den Magistrat gekommen ist. Herr Halber-  
stadt hatte Recht und sagte: Bei rechtzeitiger  
Nachfrage bekommt man keine ausreichen-  
den Antworten, und bei konkreter Nachfrage  
wird die Sache auf die lange Bank geschob-  
en. Die FAG-Fraktion hatte einen Antrag  
gestellt und wollte wissen, welche Kosten für  
temporäre Einrichtungen es gäbe, wie die  
Deckung dieser Kosten sei, wie der Stand  
der Kooperationsverhandlungen wäre und,  
welche Beteiligung privater Sponsoren es  
gibt. Dazu hat heute Marcus Bocklet erzählt,  
es gäbe Sponsoren, als ob er sicher wäre,  
ich weiß zumindest nichts davon, dass diese  
30 Millionen schon sicher aufgeteilt wären, so  
dass fast nichts für Frankfurt bleibt. Wo sind  
die Sponsoren? Die Antwort auf diese vielen  
Fragen lautete: Die Einzelheiten werden der-  
zeit noch beraten, und es wird erneut berich-  
tet. Währenddessen trat aber die Oberbür-  
germeisterin gemeinsam mit dem Innenminis-  
ter vor die Presse und verkündete, Frankfurt  
habe seine Bewerbung abgegeben, und die  
Sache sei solide finanziert. Von den  
GRÜNEN gab es einen tiefgründigen Beitrag,  
dessen Kernsatz von Ulrich Baier lautete:  
„Ich sage nichts zu Olympia“.

(Heiterkeit)

Dann fuhr er fort: „Ich sage aus dem Grund  
nichts dazu, weil ich es sinnvoll finde, dass  
sich das Viererbündnis in den nächsten Ta-  
gen intensiv damit auseinandersetzt“. Da  
sehnt man sich doch geradezu - und Sie wis-  
sen, welche Überwindung mich das jetzt kos-  
tet - nach den Zeiten von Tom Koenigs zu-  
rück. Das Parlament lässt es sich bieten.  
87 Prozent der Anwesenden sind an eine  
Regierungspartei gebunden, und natürlich  
motzt dann keiner auf. Man will schließlich  
potentiellen Karrierevorhabenplänen aller Art  
nicht schaden. Es ist ein tendenziell korrupter

und vor allem ein inhaltsleerer Begriff von  
Loyalität, den sich dieses Parlament mit sei-  
ner Regierungsgebundenheit leistet.

Frau Roth sagte vor der Industrie- und Han-  
delkammer: „Mit Olympia kann man gut  
Geld verdienen“. Das ist sicher richtig. Einige  
in dieser Stadt werden das können, Bauun-  
ternehmen, Immobilieninvestoren und die  
Werbewirtschaft. Für die wird die Politik ge-  
macht. Vielleicht - und das soll mein letzter  
Satz sein - träumen die Viererbande oder ihre  
Vertreter davon, eines fernen Tages mit Lo-  
genplätzen bei Olympia in Frankfurt belohnt  
zu werden. Wahrscheinlicher ist, Olympia  
kommt nicht, aber private Kapitaleigner sto-  
ßen sich schon vorher gesund, und wenn  
Olympia dann nicht kommt, bin ich gerne  
bereit, mit meiner kleinen Fraktion Öko-  
LinX-ARL ihnen einen Logenplatz aus unver-  
kleideten Holzbalken zu bauen.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Ute Hochgrebe:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn  
Hübner, BFF-Fraktion.

**Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:**

Das war schon ein sehr brillanter Vortrag, ein  
Höhepunkt.

Herr Stein ist jetzt leider nicht da. Er hat eine  
tollkühne Behauptung in den Raum gestellt.  
Er hat gesagt, es gäbe seit der letzten und  
der heute stattfindenden Olympiadiskussion  
keine neuen Erkenntnisse. Ich möchte doch  
daran erinnern, dass es eine neue Erkenntnis  
gibt und zwar den Genehmigungserlass von  
Herrn Bouffier. Dieser Genehmigungserlass  
von Herrn Bouffier ist in ungefähr das Stalin-  
grad des Magistrats. Wenn Sie jetzt sagen  
wollen, das ist ein Ereignis, das nicht stattge-  
funden hat, dann können Sie das tun. Tatsa-  
che ist aber, dass sich nach dem Genehmi-  
gungserlass etwas Grundsätzliches geändert  
hat. War es bisher so, oder schien es zumin-  
dest in diesem Hause hier so, das so eine Art

dahingehend lenkt, zu schauen, was sie aufs Spiel setzt, wenn sie so, wie sie es heute getan hat, argumentiert und das nach außen trägt.

Die verkürzte Fassung ist doch, dass uns die Bürgerinnen und Bürger vor Augen führen, dass wir über Kitas, Schulen und anderes reden, aber Geld für Olympia haben. Wenn wir nicht deutlich machen, wofür die große Chance Olympia, nicht die vier Wochen Sport bei den Olympischen Spielen, sondern hinter Olympia insgesamt steht, und wenn auch wir in die gleiche Argumentation verfallen, haben wir natürlich Widerstand und Protest in der Bevölkerung. Deshalb lassen Sie uns zu einer vernünftigen, sachlichen Ebene zurückkehren und gemeinsam Olympia nach außen vertreten.

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Ute Hochgrebe:**

Herr Becker, kommen Sie bitte zum Schluss!

**Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:**  
(fortfahrend)

Die CDU-Fraktion steht gemeinsam mit FDP und GRÜNEN hinter der Olympiabegeisterung. Ich hoffe, mein Appell richtet sich an die SPD-Fraktion, dass auch sie dahin zurückkehrt, damit wir spätestens nach den Herbstferien, wenn das NOK in Frankfurt ist, deutlich machen, dass die gesamte Bündnislandschaft, um es einmal so auszudrücken, hinter Olympia steht und dafür eintritt.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Ute Hochgrebe:**

Zur Geschäftsordnung Frau Ditfurth.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-  
ARL:**

Unabhängig davon, dass ich und auch der Kollege Dähne von der PDS-Fraktion im Haupt- und Finanzausschuss nicht mitbe-

kommen haben, entweder wurde geflüstert oder es wurde anschließend besprochen, dass die Abstimmung über die Anträge um eine Runde verschoben wird, möchte ich hier beantragen, dass über die Anträge NR 757 und NR 729 abgestimmt wird. Nicht aus den vorher genannten Gründen, sondern weil ich das für entscheidungsreif halte und glaube sagen zu können, wie die Fraktionen abstimmen werden. Der Antrag NR 729 ist immerhin vom 27.08.2002, und der Ergänzungsantrag ist auch schon zehn Tage alt. Ich denke, alle Fraktionen wissen, wie sie sich dazu verhalten. Wenn die SPD-Fraktion es wirklich nicht wissen sollte, kann sie sich enthalten. Ich finde nach dieser doch sehr positionierten Debatte keinen Grund zu sagen: Leider können wir zu diesen beiden Anträgen nichts sagen.

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Ute Hochgrebe:**

Wir sind noch in der Diskussion. Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Oberbürgermeisterin. Bitte!

**Oberbürgermeisterin Petra Roth:**

Frau Stadtverordnetenvorsteherin,  
meine Damen und Herren!

Wenn dieser Antrag, was vorher bekannt war, heute hier nicht beschlossen wird, das heißt kein Votum erfährt, möchte ich die Gelegenheit nutzen, um noch einige Argumente für das weitere Prozedere der Olympischen Bewerbung der Stadt Frankfurt am Main mit der Region hinzuzufügen.

Ich bin der Ansicht, wie manch ein Redner, der sich für die Ausrichtung der Olympischen Spiele ausgesprochen hat, dass sich nichts geändert hat. Der Genehmigungserlass zum Haushalt dieses Jahres hat uns bei einem Gesamthaushalt von 2,7 Milliarden Ausgaben und 2,5 Milliarden Einnahmen eine Sparsumme abverlangt, die wir leisten können und die wir auch schon geleistet haben. Da macht sich die Summe, die für zwei Jahre für die Olympia GmbH mit einer Million Euro in jedem Jahr eingestellt wurde, nicht nur gering aus, sondern ist auch verplant und ausgege-

Gründen, die ich genannt habe, nicht zustimmen. Wenn jetzt der Wunsch besteht, abzustimmen, werden wir uns dem nicht widersetzen. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Was die SPD-Fraktion angeht, wurde im Übrigen von innerparteilichen Debatten gesprochen und auf den Kollegen Busch Bezug genommen. Wir haben den Antrag, der Ihnen das nächste Mal vorliegt, mit großer Mehrheit beschlossen. Es gab nur eine Stimme dagegen, wie auch in der Zeitung zu lesen war. Das war nicht der Kollege Pusch, sondern der Kollege Busch. Er steht genauso in der Mehrheit der Fraktion, wie alle, die hier geredet haben. Infolgedessen werden Sie uns in dieser Frage nicht auseinander dividieren.

Schönen Dank!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Karlheinz Bührmann:**

Mir liegt jetzt eine weitere Wortmeldung des Stadtverordneten Schäfer vor. Sie haben das Wort, Herr Schäfer!

**Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:**

Der Kollege Klaus Oesterling hat es richtig gesagt. Es war eine Übereinkunft, nach dem Motto: Wir debattieren. Wir haben uns zunächst auch damit einverstanden erklärt, dass nicht unbedingt heute Abend abgestimmt werden muss. Wenn jetzt allerdings Frau Ditfurth einen Antrag stellt, das kann sie tun, und wir zur Abstimmung kommen, was unter uns gesagt für meine Fraktion nicht unbedingt der Fall sein müsste, dann würde ich darum bitten, über die beiden Punkte des Antrages getrennt abzustimmen. Mehr möchte ich nicht sagen.

**Stadtverordnetenvorsteher  
Karlheinz Bührmann:**

Wenn abgestimmt wird, ist Ihr Geschäftsordnungsantrag erledigt, Frau Ditfurth? Sie haben den Geschäftsordnungsantrag gestellt, heute abzustimmen.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:**

Ja, sicher.

**Stadtverordnetenvorsteher  
Karlheinz Bührmann:  
(fortfahrend)**

Es ist der Antrag gestellt worden, über die Punkte 1. und 2. getrennt abzustimmen. Ich rufe jetzt den Antrag NR 757 zur Abstimmung auf. Ich rufe den Punkt 1. auf. Wer dem Punkt 1. zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht). Das sind die Fraktionen FAG, Republikaner, PDS, BFF und ÖkoLinX-ARL. Wer den Punkt 1. ablehnt, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht). Das sind die übrigen Fraktionen. Damit ist der Punkt 1. abgelehnt. Wer stimmt dem Punkt 2. zu, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht). Das ist die gleiche Konstellation mit den Fraktionen FAG, Republikaner, PDS, BFF und ÖkoLinX-ARL. Wer den Punkt 2. ablehnt, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht). Das sind die restlichen Fraktionen. Damit sind beide Punkte und der Antrag insgesamt mit großer Mehrheit abgelehnt. Damit ist der Tagesordnungspunkt 7. abgeschlossen und der Antrag NR 729 erledigt.

Herr Busch bittet um das Wort für eine persönliche Erklärung.

**Stadtverordneter Hans Busch, SPD:**

Meine Damen und Herren!

Der Herr Fraktionsvorsitzende hatte mich namentlich erwähnt. Herr Oesterling hat es angedeutet. Ich habe weder Redeverbot in meiner Fraktion noch Veranlassung, hier etwas anderes vorzutragen als im Sportausschuss. Ich denke, die Abstimmung hat bewiesen, dass dies konkret war und ich nicht das Wort ergreifen musste.

**Stadtverordnetenvorsteher  
Karlheinz Bührmann:**

Danke, Herr Busch. Damit ist der Tagesordnungspunkt 7. beendet.